

Protokollauszug

aus der

45. öffentliche Sitzung des Jugendhilfeausschusses

vom 19.10.2023

öffentlich

Top 7 Bericht des Unterausschusses und der Arbeitsgemeinschaften nach § 78 SGB VIII

AG JuFö

Die AG hat nicht getagt.

AG HzE

Herr Küken berichtet, dass die seitens der AG Hilfen zur Erziehung autorisierte Unterarbeitsgemeinschaft Ambulante Hilfen am 16.10.2023 getagt habe.

In der vergangenen Woche seien im Zusammenhang mit den fehlenden 10 Millionen Euro, welche durch Kostensteigerungen im Bereich Hilfen zur Erziehung und Kita begründet wurden, seitens der Presse unter anderem die Aufnahme von unbegleiteten minderjährigen Flüchtlinge als Ursache benannt. Dem möchte man deutlich widersprechen. Sicherlich sei eine Kostensteigerung sowohl im stationären als auch im ambulanten Bereich zu verzeichnen. Diese sei aus Sicht des Bereiches Hilfen zur Erziehung multifaktoriell. Unter anderem: die Entwicklung der FLST und Tagessätze durch deutlich gestiegene Personalkosten, die Kostenentwicklung durch die allgemeine Inflationsrate, zu beobachtende Problematiken (unter anderem durch Isolation im Rahmen von Schul- und Kitaschließungen) während und nach der Covid 19 Pandemie bei Kinder, Jugendlichen und Familien. Weiterhin sei Potsdam eine wachsende Stadt – dementsprechend würden sich natürlich auch die Bedarfe in den Arbeitsfeldern des Jugendamtes entwickeln.

Die Vertreterinnen und Vertreter der ambulant tätigen Träger hätten gemeinsam mit dem öffentlichen Träger vor über einem Jahr einen Prozess begonnen, um die Rahmenbedingungen für die ambulanten Hilfen anzupassen. Im Frühjahr sei vereinbart worden, bis zum Beginn 2024 eine Rahmenvereinbarung zu erarbeiten. Dazu hätten bereits mehrere konstruktive Verhandlungsrunden stattgefunden. Zum Ende September sollte seitens des öffentlichen Trägers eine schriftliche Rückmeldung zu den Vorschlägen erfolgen. Leider habe dies nicht stattgefunden und es erfolgte keine offizielle Information. Nach Rückfrage erhielt Herr Küken die Antwort, dass Herr Prof. Dr. Hafezi als Beigeordneter und kommissarischer Leiter des Fachbereiches sich des Sachverhaltes angenommen hätte. Da die aktuellen Verträge bis auf wenige Ausnahmen zum 31.12.2023 enden würden, bestehe aus Sicht der Träger dringender Handlungsbedarf. Herr Küken weist daraufhin, dass es einen vereinbarten Folgetermin am 06.11.2023 von 09.00 Uhr bis 12.00 Uhr geben werde und halte es für dringend angebracht, dass dieser gemeinsam stattfinde. Selbstverständlich sei man in diesem Rahmen sehr interessiert an einem Austausch.

Es erfolgte die Vorstellung des Projektes „Calz“, Abkürzung für Careleaver-Zentrum. Das Zentrum soll Bedingungen für junge Menschen schaffen, die es ihnen ermöglichen, nicht in anderen

Hilfesystemen zu „landen“, sondern ihnen die Zeit geben, sich in einem Beziehungskontext zu entwickeln, der Familie nicht ersetzt, aber Strukturen und Halt bietet. Im CALZ-Projekt finden sie verlässliche Ansprechpartner, die ihnen an einem sicheren, geschützten Ort Halt und Sicherheit geben. Seitens der AG werde empfohlen, die Mitarbeiter*innen des sehr interessanten Projektes zum Jugendhilfeausschuss einzuladen, um es dort vorzustellen.

Bezüglich des Careleaverprojektes „Calz“, wozu in der letzten Sitzung berichtet wurde, möchte er dran erinnern, dass eine Vorstellung im Jugendhilfeausschuss empfohlen werde. Es wird vereinbart das Thema im Unterausschuss Jugendhilfeplanung zu besprechen.

Zu den angesprochenen Rahmenbedingungen werde sich Herr Prof. Dr. Hafezi nach einer fachlich, qualitativen Prüfung zeitnah bei Herrn Küken melden.

AG Kita

Frau Frenkler berichtet, dass die AG am 13.10.2023 getagt habe.

Die Kita-Finanzierung 2023 solle nach Aussagen der Verwaltung nur sehr geringe Kostensteigerungen enthalten. Dies habe zur Folge, dass noch mehr Träger die Fehlbedarfsfinanzierung in Anspruch nehmen müssen, da die Pauschalen für weitere Träger nicht mehr auskömmlich seien. Einige Träger wiesen darauf hin, dass die Sachbearbeiter*innen Kitafinanzierung der Landeshauptstadt Potsdam das gemeinsame Ziel im Blick haben müssen, die Betreuung der Kinder finanziell abzusichern. Es wird darum gebeten, die Haltung in der Verwaltung grundsätzlich zu thematisieren.

Zum Stadtverordnetenbeschluss zu Kinder mit besonderen Bedarfen werden bisher die Einrichtungen durch die Verwaltung ausgewählt, die mehr als 40 % Kinder mit Migrationshintergrund betreuen. Im Jahr 2024 würden weitere 900.000 Euro für die Betreuung von Kindern mit besonderem Bedarf zur Verfügung stehen. Jetzt müsse gesichert werden, dass weitere Kriterien in die Auswahl der Standorte durch die Verwaltung einfließen, zum Beispiel hohe Anzahl an Familien im Bürgergeldbezug, Alleinerziehende, das Kriterium des Anteils der Kinder mit Frühförderbedarf, Unterstützungsbedarf der Familien, Auffälligkeiten im sozial- emotionalen Bereich. Das Thema werde erneut in der Novembersitzung der AG behandelt.

Bezüglich des Überangebotes mit Bezug zur integrierten Kita- und Schulentwicklungsplanung habe man besprochen, dass zum Stichtag 01.09.2023 ca. 4.000 Plätze verfügbar wären, die nicht nachgefragt werden. Der Geburtenknick Anfang der 90er Jahre sei jetzt spürbar. Drei Jahre hintereinander seien mehr Menschen verstorben als geboren. Es bestehe die Frage, ob die Landeshauptstadt Potsdam weitere zehn kommunale Einrichtungen ohne Bedarf errichten könne. Auch vor dem Hintergrund der Kosten sollten individuelle Regelungen getroffen werden, wie zum Beispiel mit der Raumnutzung beziehungsweise Kapazitätsreduzierung an einzelnen Standorten verfahren wird.

Der Bedarf an Fachkräften in Kitas steige, auch durch die hohe Anzahl von Beschäftigten, die in den nächsten Jahren in den Ruhestand wechseln würden. Ausreichend Fachkräfte zu gewinnen und zu halten gelinge nur dann, wenn die Rahmenbedingungen und Teamsituationen stimmen würden. Dazu müssen Entscheidungen getroffen werden, welche finanziellen Mittel die Landeshauptstadt für die Fachkräftesicherung aufbringen wolle. Das Thema Personalbedarfsentwicklung werde erneut in der Novembersitzung der AG behandelt.

Das Kita-Portal solle zum Herbst 2024 starten. Zuvor würden Workshops und Schulungen durchgeführt.

UA JHP

Der Unterausschuss Jugendhilfeplanung tagte am Donnerstag, den 12.10.2023.

Die Themenplanung des Unterausschusses sieht folgende Themenplanung in den nächsten Monaten vor: Kinderschutzbericht und Stand Umsetzung Anträge zum HH-Beschluss im November; Gremien- und Kommunikationsstrategie und Zwischenbericht aktuelle Organisationsuntersuchung des Allgemeinen Sozialen Dienstes im Dezember; erneute Darstellung der Konzepte und Projekte der Arbeitsgemeinschaft Strategie, Bildung und Jugendhilfe der Landeshauptstadt Potsdam in der Januarsitzung 2024. Eine langfristige Planung einer Klausur des Jugendhilfeausschusses in 2024 für die Empfehlungen und Vorbereitung für die Arbeit des neuen Jugendhilfeausschusses wird empfohlen.

In Vorbereitung der nächsten Präsentation der Jugendberufsagentur im Jugendhilfeausschuss habe man rekapituliert, dass die letzte Präsentation im April 2023 stattgefunden habe. Dabei sei es um die grundsätzliche Zusammensetzung gegangen. Man habe Aussagen zur konkreten aktuellen Arbeit vermisst. Man vereinbart von den drei Partnerorganisationen Jugendamt, Arbeitsagentur und Jobcenter schriftlich folgende Fragen beantworten zu lassen: 1) Was hat sich durch die Jugendberufsagentur für Ihre Arbeit verändert, 2) Was hat sich für Ihre Zielgruppen verändert, 3) Was wird in die Jugendberufsagentur investiert (personeller u. finanzieller Mehraufwand). Danach wird der Unterausschuss entscheiden, ob eine erneute Vorstellung im Jugendhilfeausschuss zielführend sei. Grundsätzlich sollte geklärt werden, ob eine Investition in die Jugendberufsagentur sinnvoll ist. Folgende Fragen wurden noch ergänzt: 4) Wie oft wurde eine Streichung des Leistungsbezuges verhindert, 5) Gibt es statistische Darstellungen, unter anderem zu Migration und Förderbedarfen. Weiterhin wird gewünscht, dass auch Träger oder Nutzende der Jugendberufsagentur angehört werden.

Zur Auswertung der Veranstaltung zur Fachkräftethematik von 2019 habe man rekapituliert, dass die Ideen von vor 4 Jahren fast alle noch aktuell seien. Die neue Prioritätengrafik decke sich weitestgehend mit den abgeleiteten Handlungsempfehlungen der Planungsgruppe der Jugendhilfe von 2020. Der Unterausschuss befasse sich nach der Ergebnissichtung in kleiner Gruppe erneut damit.

Man wünsche eine Information vom Jugendamt zum 10,3 Mio. Euro „Loch“ im Fachbereich 23 für die Bereiche Kita und Hilfen zur Erziehung. Dies sei in der heutigen Sitzung erfolgt.

Weiterhin unterbreite man einen Terminvorschlag für die Unterarbeitsgemeinschaft zur Jugendförderplanerstellung.